



# Antragsbuch

zur

**SPD Frauen  
Landesdelegiertenkonferenz**

**am 25.04.2026**

**in Tübingen**

## **Inhaltsverzeichnis**

01	Bundesweite Gleichstellungsoffensive jetzt – Demokratie stärken, Frauen schützen, Parität durchsetzen	2
02	Antrag auf die Einführung einer neuen Bemessungsgröße für die Wirtschaftskraft eines Landes	4
03	Antrag auf Erweiterung und Anpassung der Gesetzgebung zu Bild und Persönlichkeitsrechten	6

# Antrag 01: Bundesweite Gleichstellungsoffensive jetzt – Demokratie stärken, Frauen schützen, Parität durchsetzen

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand   SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme

- 1 Der Bundesvorstand der SPD wird aufgefordert, eine bundesweite  
2 Gleichstellungsoffensive auf den Weg zu bringen. Ziel ist ein umfassendes,  
3 ressortübergreifendes Programm, das dem zunehmenden antifeministischen Rollback in  
4 Deutschland wirksam entgegensteuert und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen  
5 und Männern voranbringt.
- 6 Im Rahmen dieser Gleichstellungsoffensive soll sich die SPD insbesondere für folgende  
7 Maßnahmen einsetzen:
- 8 • Eine Bildungsoffensive zu Geschlechterrollenstereotypen, insbesondere mit Fokus  
9 auf Jungen und Männer
  - 10 • Die konsequente Umsetzung von Parität in allen Gremien und Parlamenten
  - 11 • Die verstärkte Förderung von Jungen- und Männerarbeit
  - 12 • Den Verzicht auf Podien mit Profiteuren von Pornografie und Prostitution
- 13 Darüber hinaus wird der Bundesvorstand aufgefordert, sich für strukturelle Maßnahmen  
14 einzusetzen, die die politische Teilhabe von Frauen nachhaltig stärken und Parität  
15 verbindlich in allen demokratisch gewählten Institutionen auf allen Ebenen verankern.

## Begründung

Mit großer Sorge stellen wir fest, dass sich die Lebensbedingungen für Frauen im digitalen Zeitalter erneut verschlechtern. Die Gleichstellung ist massiv in Gefahr – in einer Welt, in der Antifeminismus und Frauenhass, gestützt durch althergebrachte patriarchale Strukturen und neue digitale Technologien, wieder Auftrieb erhalten.

Frauen sind zunehmend Zielscheibe digitaler Gewalt. Jungen und junge Männer radikalieren sich in der frauenfeindlichen Manospäre, wo von großen Tech-Konzernen entwickelte Apps massenhaft genutzt werden, um Frauen und Kinder zu entkleiden. Künstliche Intelligenz wird zur Erstellung entwürdigender Deepfakes – auch pornografisch – missbraucht, während frauenfeindliche Radikalisierung in digitalen Räumen zunimmt. Gleichzeitig beuten internationale kriminelle Netzwerke wie Epstein und Co. besonders verletzte Frauen gezielt aus.

Auch über den digitalen Raum hinaus bleibt die Lage alarmierend: Laut BKA steigt die Gewalt gegen Frauen seit Jahren kontinuierlich an. Wir sind erschüttert über das perverse Interesse tausender Männer an der Betäubung und Vergewaltigung von Frauen, über die massenhafte sexuelle Ausbeutung von Frauen in der Prostitution in unserem Land, die fälschlicherweise als „Dienstleistung“ verharmlost wird, und darüber, wie sehr Gewalt und Entwürdigung von Frauen in der Mainstreampornographie normalisiert werden. Nachrichten wie die der

letzten Monate verdeutlichen den bestehenden politischen Handlungsdruck.

Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Protest. Frauenstreiks und Demonstrationen machen deutlich, dass viele Frauen nicht länger bereit sind, diese Entwicklungen hinzunehmen. Es ist Aufgabe der Politik, darauf entschlossen zu reagieren und es nicht allein den besonders engagierten Frauen zu überlassen:

Parität ist in diesem Zusammenhang kein isoliertes gleichstellungspolitisches Ziel, sondern ein zentraler Baustein demokratischer Legitimation, gesellschaftlichen Vertrauens und politischer Stabilität. Frauen stellen die Mehrheit der Bevölkerung sowie der Wählerinnen und Wähler, sind jedoch weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Wir verstehen Parität daher als strategischen Ansatz, um Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und sicherzustellen, dass sich die Lebensrealität der gesamten Bevölkerung in politischen Entscheidungen widerspiegelt. Eine nachhaltige Verankerung von Parität sowie die konsequente und nachhaltige Förderung politischer Teilhabe von Frauen sind daher unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund ist eine bundesweite, strategisch angelegte Gleichstellungsoffensive notwendig, um den aktuellen Rückschritten entschieden entgegenzutreten und die Gleichstellung in Deutschland strukturell zu sichern und auszubauen.

## **Weiterleitungsempfehlungen**

SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag 02: Antrag auf die Einführung einer neuen Bemessungsgröße für die Wirtschaftskraft eines Landes

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand   SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine neue
- 2 Bemessungsgröße/Kennzahl für die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland als
- 3 Bewertungsmaßstab und zur Erfolgsmessung einzuführen.
- 4 • In diese Kennzahl sollen neben den Inhalten des BIP auch unentgeltliche
- 5 Leistungen, wie zum Beispiel Bildung, Verwaltung, hoheitliche Aufgaben (Polizei,
- 6 Feuerwehr etc.), Ehrenamt und häusliche Fürsorgearbeit vollständig einfließen.
- 7 • In diese Kennzahl sollen alle Bereiche einfließen, die den Wohlstand und die
- 8 Lebensqualität eines Landes ausmachen. Dazu gehören unter anderem: Umwelt,
- 9 Sicherheit, Verlässlichkeit, Infrastruktur etc.
- 10 • Sollte es eine solche Kennzahl noch nicht geben, ist diese mit Hilfe der
- 11 Wissenschaft, Experten- und Laiengremien zu entwickeln.

### Begründung

Die Bewertung der Leistungsfähigkeit eines Landes basiert vor allem auf Produktion und Geldaustausch. Bereiche wie Bildung, Verwaltung, hoheitliche Aufgaben (Polizei, Feuerwehr etc.), Umwelt, Sicherheit, Infrastruktur, Ehrenamt und häusliche Fürsorgearbeit sind darin häufig nicht oder nicht vollständig abgebildet. Die materiellen Kosten sind erfasst, der nicht materiell geschaffene Wert wird aber nicht abgebildet. Wir benötigen also langfristig eine erweiterte Bewertung bzw. Kennzahl, damit alle Bereiche, die den Wohlstand eines Landes ausmachen, abgebildet werden. Das würde ggfs. auch zu anderen Prioritäten führen.

Die aktuell bedeutendste Schlüsselzahl ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP): Der Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land produziert werden. Das BIP kann auf drei Arten berechnet werden, als Entstehungsrechnung, Verwendungsrechnung und Verteilungsrechnung. Allen Berechnungen ist gemeinsam, dass zur Bewertung nur das „ausgetauschte Geld“ herangezogen wird. Werte, die entstehen ohne dass Geld ausgetauscht wird, sind nicht berücksichtigt. D.h. die Werte wie die durch überwiegend von Frauen geleistete Carearbeit, Ehrenamt, Verwaltung und auch Bildung entstehen, sind nicht oder nur in Teilen berücksichtigt. Je nach Quelle würde das BIP durch die Einbeziehung um 15-39% steigen. Die FES hat schon 2011 die Forderung nach einem ArbeitsBIP erhoben (<https://library.fes.de/pdf-files/wiso/08702.pdf>). Im Handelsblatt wurde schon im Mai 2023 die Forderung nach einer Erweiterung der Berechnung erhoben. ([www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-homo-oeconomicus-care-arbeit-mitzaehlen-die-wirtschaftsstatistik-braucht-einen-vierten-sektor/29145636.html](http://www.handelsblatt.com/meinung/homo-oeconomicus/gastkommentar-homo-oeconomicus-care-arbeit-mitzaehlen-die-wirtschaftsstatistik-braucht-einen-vierten-sektor/29145636.html)). Es gibt auch kritische Stimmen, die das BIP durch eine solche Einbeziehung verzerrt sehen. Nichtsdestotrotz gibt es aktuell eine ungleiche Bewertung, da nicht alle Arbeiten einfließen. Ohne diese Arbeiten würde unser Staat aber nicht funktionieren. Ein Beispiel: Im traditionellen Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)

wird Bildung nicht als "Investition" im gleichen Maße wie der Bau einer Fabrik oder der Kauf von Maschinen betrachtet, da sie kein materielles Kapital schafft. Obwohl sie Humankapital aufbaut und somit für Deutschland, dessen wichtigster Rohstoff das Humankapital ist, stellen das aktuelle BIP und andere Werte keine vollständige Bewertungseinheit dar. Vergleichbares gilt für alle Anstrengungen und Erfolge im Umwelt- und Klimaschutz auch hier gilt: bisher wird der monetäre Aufwand berücksichtigt, der Verzerr bzw. Verbrauch von Vorhandenem nicht, und die Wiederherstellung wird auch nur soweit gezählt, wie sie mit monetärem Aufwand verbunden ist. So zählt die Naturverjüngung eines Waldstücks erst im BIP, wenn diese Bäume dann nach Jahrzehnten geschlagen und verkauft werden. Die Aufforstung (Material, Arbeitszeit, Maschinen, ...) durch den Menschen (ob in Misch- oder Monokultur) kann gleich aktiviert werden und zählt somit sofort für das BIP ein.

Für den Bereich Wald gibt es in der EU Bestrebungen, das dieser ab 2026 bewertet werden soll. (Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus691891e758d2cfb625f5d284/eu-regelung-der-wald-soll-einen-wert-bekommen-die-eu-erschafft-das-natur-bip.html>)

Die von uns geforderte neue Kennzahl gibt einen Überblick über das gesamte Geschehen (unabhängig vom ausgetauschten Geld) und stellt sicher, dass Anstrengungen in allen Bereichen bewertet und gemessen werden können. Nur wenn etwas einen messbaren Wert hat, wird es als wertvoll war genommen.

## **Weiterleitungsempfehlungen**

SPD-Parteivorstand und Bundestagsfraktion

## Antrag 03: Antrag auf Erweiterung und Anpassung der Gesetzgebung zu Bild und Persönlichkeitsrechten

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Vorstand   SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 3 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 4 - 12 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung

1 Der SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die  
2 rechtlichen und finanzielle Grundlagen für den Schutz der Persönlichkeitsrechte zu  
3 erweitern: Es geht dabei ~~im Besonderen~~ zum Beispiel um die Rechte am:

- 4 • ~~am eigenen Bild,~~
- 5 • ~~an Abbildungen und Wiedergaben des eigenen Körpers oder von Körperteilen im~~  
6 ~~ruhenden Zustand und in Bewegung~~
- 7 • ~~an Sprache,~~
- 8 • ~~an Stimme,~~
- 9 • ~~an Mimik,~~
- 10 • ~~an Aussehen,~~
- 11 • ~~am generellen Erscheinungsbild (vgl. der geschützten likeness im US-~~  
12 ~~amerikanischen Recht)~~

am eigenen Bild; an Abbildungen und Wiedergaben des eigenen Körpers oder von Körperteilen im  
ruhenden Zustand und in Bewegung; an Sprache; an Stimme; an Mimik; an Aussehen; am generellen  
Erscheinungsbild (vgl. der geschützten likeness im US-amerikanischen Recht)

13 Die Erweiterung möge sicherstellen, das in Zeiten in denen die Digitale-Kommunikation  
14 und die Digitale-Interaktion, die Kommunikation, Interaktionen und Begegnungen  
15 zwischen Menschen in der realen Welt häufig ablöste, die Rechte der realen Personen  
16 geschützt sind und es Dritten unter Strafe verboten ist sich für die Personen  
17 auszugeben oder den Anschein zu erwecken, das die dargestellten Handlungen, als  
18 Handlungen der zu schützenden Person wahrgenommen werden können, ohne das die  
19 ausdrückliche und nachweisbare Zustimmung vorliegt. Es ist dringend notwendig, dass  
20 die Verbreitung dieser Rechteverletzungen auch empfindlich bestraft wird.

21 Aber die Erweiterungen und Verschärfungen der Gesetzte reicht alleine nicht aus,  
22 diese muss auch umgesetzt werden können. Dazu müssen Justiz und  
23 Strafverfolgungsbehörden (Bund und Land) mit ausreichend Personal, Geld, Wissen,  
24 Befugnissen und Zeit ausgestattet sein, damit die zügige Kriminalitätsbekämpfung und  
25 der Opferschutz gewährleistet ist. Täter müssen die Folgen ihres Handelns auch  
26 spüren.

27 In anderen Europäischen Ländern hat es schon entsprechende Gesetzesinitiativen

28 gegeben, bzw. sind diese in der Vorbereitung. Eine EU-weite Regel ist anzustreben.

## **Begründung**

In den letzten Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass die aktuellen Gesetze zum Teil nicht mehr ausreichend schützen, da sie erlassen wurden, als die technischen Möglichkeiten für den Missbrauch deutlich eingeschränkter waren. Gerade die rasante Weiterentwicklung im Bereich KI gibt den Tätern und Täterinnen mächtige Werkzeuge in die Hand. Für die Betroffenen bleibt der Schaden und die Tatsache, dass dieser sich auf alle Lebensbereiche auswirkt und langfristige Folgen hat. Heute zeigen die aktuellen Fälle, ob nun Deepfake Pornos, Verfremdung von Kinderbildern zu Missbrauchszwecken, oder Deepfakes mit dem Ziel der Falschinformation/Propaganda, der Diebstahl der Stimme für Telefonbetrug, dem „digitalen Ausziehen“ von bekleideten Personen, die aktive und bewusste Verfremdung der Personen zum Zweck der Demütigung und weitere, dass es einen zwingenden Handlungsbedarf gibt um Personen und ihre Rechte zu schützen und das Strafmaß für die Straftäter und für die Verbreitung nicht ausreicht um abzuschrecken. Zusätzlich muss auch die Verbreitung durch Menschen oder Bots als auch das Betreiben der Plattform, die diese Verbreitungen zulässt, deutlich empfindlicher bestraft werden.

Aus anderen Bereichen der Internetkriminalität wissen wir das häufig die zu geringen Ressourcen(Personal, Geld,...) bei Gericht und bei den Strafverfolgungsbehörden, dazu führen das die Täter mit ihrem Tat einfach davon kommen.

## **Weiterleitungsempfehlungen**

SPD-Parteivorstand und Bundestagsfraktion